

## Europa braucht einen Politikwechsel in Deutschland



Fotos: Fiona Krakenbürger

Die Finanzkrise in Griechenland und die Spekulation gegen den Euro sind keine Phänomene einer neuen Krise, sondern lediglich die nächste Welle derselben Erschütterung, die seit 2007 für alle sichtbar die Fundamente des Finanzkapitalismus unterspült.

Während die „Investoren“ 2007 zunächst nur das Vertrauen in komplexe Finanzinstrumente verloren, verschwand im September 2008 flächendeckend das Grundvertrauen in die global vernetzten Großbanken. Nun, 2010, erreicht die Vertrauenskrise die letzte Instanz der Kreditwürdigkeit: den Staat. Diese Reihenfolge macht zweierlei deutlich: Erstens glaubten die Priester der Finanzindustrie nie wirklich an ihre eigenen Predigten, dass Finanzmärkte ein sich selbst stabilisierendes System sind. Zweitens, und das wird oft vergessen, müssen genau diese Priester dringend einen Teil der Verluste ausgleichen, die sie seit 2007 eingefahren haben. Ohne baldige Gewinne werden viele Fonds, viele weitere Banken und zahlreiche vor allem Lebensversicherungen ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können. Nicht umsonst haben jüngst zum Beispiel einige das Neugeschäft eingestellt.



Wenn also dringend Gewinne her müssen, es aber überall bergab geht, was ist dann verlockender

als eine Wette auf den weiteren Niedergang? Solche Wetten, bekannt unter dem Namen Credit-Default-Swaps (CDS), erklären einen wesentlichen Teil der griechischen Tragödie. Diese Wetten konnten gegen Griechenland aber nur deshalb aufgehen, weil die deutsche Bundeskanzlerin mit Blick auf die Wahlen in NRW gegen ganz Europa durchsetzte, dass Griechenland nicht früher geholfen wird. Die deutsche Nabelschau hat die Stabilisierung der Euro-Zone ein paar hundert Milliarden Euro teurer gemacht als

### Inhalt

#### Interview

Attac Hellas zur Situation in Griechenland – 2 –

#### Analyse

Sinn und Unsinn von Sparprogrammen – 3 –

#### Gastkommentar

Die Finanztransaktionssteuer – 4 –

#### Internationales

Klimatreffen in Kopenhagen, Cochabamba und Bonn – 5 –

#### Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

#### Portrait

Attac Island – 8 –

#### Aktiv

Attac Sommerakademie – 9 –

#### Publikationen

Banktribunal und Krisenquartett – 10 –

#### Linked

Bankenaktionstag – 11 –

zunächst geplant. Milliarden von Euro, die nach bisherigem Planungsstand nicht die Reichen bezahlen sollen ...

Zwar darf sich Attac heute freuen, dass die Bundesregierung die Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene nicht mehr blockiert, aber was ist das im Vergleich zu den Versäumnissen und der völlig falschen Politikrichtung? Die deutschen Regierungen haben immer dagegen gekämpft, dass in der EU ein Mindestmaß an wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Koordination stattfindet. Ohne die kann aber eine Währungsunion nicht funktionieren, deshalb hat die Euro-Zone ihren ersten großen Stresstest nicht bestanden. Es hängt mehr denn je von einem Politikwechsel in Deutschland ab, wie Europa durch diese Krise kommt.

**Philipp Hersel**

## Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen, Privatisierungen und Einschnitte ins Sozialsystem

# Das Austeritätsprogramm in Griechenland



Die Spekulation gegen den Euro hat als erstes Opfer Griechenland mit voller Härte getroffen. Nach monatelanger Hängepartie haben sich die EU und der IWF zu millionenschweren Krediten aufgekratzt. Als Auflage hat die griechische Regierung ein radikales Sparprogramm erlassen, das den Strukturanpassungsprogrammen in der so genannten Dritten Welt erstaunlich ähnelt. G. Daremas und A. Contargyris, Gründungsmitglieder von Attac Hellas, antworten auf Fragen von Attac Deutschland.

**Wie ist aus der Sicht von Attac Hellas die aktuelle politische Situation in Griechenland?**

Außer der Regierungspartei, die das „sozialistisch“ nur im Namen trägt, haben alle anderen Parteien die Maßnahmen und vor allem die Einmischung des Internationalen Währungsfonds (IWF) mehr oder weniger deutlich abgelehnt.

Die größte Oppositionspartei der rechten Mitte, die zusammen mit den Sozialisten 70 Prozent der Wählerschaft repräsentiert, hat das Sparpaket mit der Begründung abgelehnt, dass es sich nicht gegen den wirtschaftlichen Einbruch richte und die Rezession verstärke. Den Maßnahmen zur

Senkung des Staatsdefizits – Erhöhung der indirekten Steuern, Kürzung der Beamtengehälter, Einschnitte in die Sozialausgaben und Privatisierungen – all dem widersprechen sie nicht. Die extreme Rechte übt sich derweil in einer „national-patriotischen Unterstützung“ der amtierenden Regierung.

Auf der Linken geißelt die anti-europäische kommunistische Partei (KP) die „Degradierung“ Griechenlands zum Protektorat von EU und IWF. Die KP ist deswegen relevant, weil sie die großen Gewerkschaften dominiert und ihre Anhängerschaft mobilisieren kann. Sie stellt damit den Kern der Opposition gegen das Austeritätsprogramm.

Die kleinere Koalitionspartei der Linken, die mit ihren Positionen Attac Hellas am nächsten steht, droht an dem inneren Streit um die Haltung zu den Sparpaketen zu zerbrechen. Während ein größerer Teil die Maßnahmen rundweg ablehnt, schwankt ein kleinerer Teil zwischen Ablehnung und kritischer Unterstützung.

Auch außerhalb der Parteien ist die Reaktion zwiespältig. Maßnahmen, die auf eine Reduzierung des Staatsdefizits abzielen, werden von vielen mitgetragen. Auch die Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor werden meist akzeptiert, weil die Alternative Massenentlassungen wären.

Die allgemeine Stimmung richtet sich vielmehr gegen das politische System und gegen die beiden großen Parteien, die das Land in den letzten 30 Jahren regiert haben. Es gibt eine enorme von den Massenmedien angeheizte populistische Wut gegen das politische Establishment und die Korruption auf allen Ebenen. Solange die volle Härte der Maßnahmen noch nicht zu spüren ist, warten viele ab.

**Wie beurteilt Attac Hellas die getroffenen Maßnahmen?**

Es wurden zu viele Dinge auf einmal verabschiedet, das schafft Panik und Ohnmachtsgefühle. Noch dazu sind die Maßnahmen in sich widersprüchlich: Wenn man mitten in der Rezession die öffentlichen Ausgaben massiv absenkt, erstickt man jede Wiederbelebung der Wirtschaft, die Geld in die öffentlichen Kassen spülen könnte. Die exzessiven Militärausgaben wurden aber weder von der griechischen Regierung noch von der EU angegangen.

Außerdem wurde „im Windschatten“ dessen eine Politik vorangetrieben, die angeblich die Wettbewerbsposition der griechischen Wirtschaft verbessern soll. Auf Druck der Troika EU-Kommission, Zentralbank und IWF wurden die Löhne in der Privatwirtschaft für drei Jahre eingefroren, was ideologischer Unsinn ist. Außerhalb des öffentlichen Sektors ist die Hälfte der Bevölkerung als Solo-Unternehmer tätig. Ein Hauptproblem der griechischen Wirtschaft sind nicht zu hohe Löhne, sondern zu niedrige, oft nur 600 Euro im Monat.

Als Attac Hellas unterstützen wir die Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung und eine effizientere Organisation des Staates. Im Moment kennt der griechische Staat nicht einmal die genaue Anzahl seiner Bediensteten. Wir widersprechen aber der „Buchhalter-Logik“ der Regierung, die nur auf die Zahlen schaut, nicht aber auf die soziale Realität, die sich dahinter verbirgt. Die sozial schwachen Schichten werden unverhältnismäßig hart getroffen.

In Hinblick auf die sozialen Folgen der Rezession fordern wir die Einführung eines Sozialfonds, aus dem alle Arbeits- und Erwerbslosen ein Grundeinkommen erhalten sollen. Andere fordern auch, die Zahlung der Schulden ganz einzustellen.

**Wie organisiert sich der Widerstand gegen die Politik der Austerität?**

Die Griechen tun sich schwer, die Notwendigkeit von politischen Bündnissen zu sehen. Die einzigen Antworten auf die Sparprogramme waren eintägige Generalstreiks und Massendemonstrationen. Die beiden großen Gewerkschaften im öffentlichen und privaten Sektor, die die Hauptkräfte der Mobilisierung sind, sind von der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei dominiert und nur schwer gegen die Parteilinie zu bewegen. Die Entstehung von Bündnissen von unten wird Zeit brauchen. Für Attac Hellas ist der Kampf gegen die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere der Wasserversorgung, ein wichtiges gesellschaftliches Feld, auf dem wir mit anderen gesellschaftlichen Kräften Bündnisse aufbauen können.

Interview: **Lena Bröckl**

Zwischen Subprime-Krise, Schuldenkrise in Südeuropa, Austeritätsprogrammen und weltweit drohender Rezession suchen viele von uns nach Erklärungen und Analysen. Werner Rätz von der Attac-Mitgliedsorganisation Informationsstelle Lateinamerika (ILA) macht einen provokanten Aufschlag, dem weitere Beiträge folgen sollen.

## Für Schrumpfung, Konjunkturerinbruch und Krise

Um die aktuelle Situation zu verstehen, muss man sich einen Grundwiderspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bewusst machen: Im Kapitalismus liegt der gesellschaftliche Reichtum in zweierlei Form vor. Es gibt einmal das konkrete Produkt oder die Dienstleistung, und in dieser Gestalt erfüllt unser Reichtum konkrete Bedürfnisse. Wie diese kann auch die Menge der Güter und Dienstleistungen wachsen, aber immer nur endlich. Zweitens stellt sich Reichtum im Kapitalismus aber auch als reiner Wert oder eben als Geldausdruck dar. In dieser Form benimmt er sich wie eine beliebige Zahlenreihe: Nach jeder Zahl kommt noch eine, sie wächst scheinbar ins Unend-

Produktion von Gütern und Dienstleistungen verwandelt werden können. Ihre schiere Höhe schafft vielmehr für die Geldbesitzer ein Problem. Ihr Geld findet nur noch schwer Investitionsmöglichkeiten, aus denen es als eine größere Summe wieder rauskommt. Der Neoliberalismus versucht, dieses Problem mit Hilfe der Finanzökonomie zu lösen, die der Bewegung des Wertausdrucks, also der Zahlenreihe, folgt. So wachsen zwar die Vermögensansprüche, aber um sie zu realisieren, muss sie jemand bezahlen. Dazu werden alle möglichen gesellschaftlichen Bereiche in Warenmärkte und damit Investitionsfelder verwandelt, in denen bisher Private nicht oder kaum mitverdienen: Rente, Daseinsvorsorge, kommunale Infrastruktur.

ist, ob sie ihre Sparziele auch realisieren können. Selbst wenn sie es täten, zerstören sie künftige Wachstumsmöglichkeiten. Würden die Regierungen umgekehrt auf Wachstum und Nachfragesteigerung setzen, so bliebe es dennoch dabei, dass erstens die gewaltigen Kapitalmassen in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen gar nicht alle profitabel zu investieren sind und dass zweitens die Schulden immer weiter steigen.

Die Ansprüche, die diese Schulden ja umgekehrt darstellen, kann ohnehin keine Ökonomie befriedigen. An ihrer Entwertung führt gar kein Weg vorbei. Wenn Regierungen diesen Prozess nicht bewusst und planvoll gestalten, dann kann er nur katastrophisch, also durch starke Inflation, geschehen – zum Schaden aller. „Alternative“ Vorschläge aus Gewerkschaften und und Teilen der Wirtschaftswissenschaften, das alles durch Konjunkturprogramme zu lösen, führen nicht nur in die ökonomische Sackgasse. Ökologisch gesehen haben



Fotos: Jakob Huber

liche. Aus diesem Widerspruch entstehen Verwerfungen, die nicht per politischer oder wirtschaftlicher Entscheidung aufgelöst werden können. Aber sie sind auszuhalten, solange man das angesammelte Geldkapital in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen so investieren kann, dass es weiter wächst. Das ist dann der Fall, wenn es noch unerfüllte (zahlungskräftige) Bedürfnisse gibt.

Konjunkturprogramme, Stärkung der Massenkaufkraft und andere neokeynesianische Vorschläge einer nachfrageorientierten Politik sind insoweit also richtig, als sie die Zahlungsfähigkeit steigern wollen. Aber heute sind die Vermögensansprüche derart hoch, dass sie auch mit einer solchen Politik nicht einfach in profitable Investitionen zur

Wenn in der Krise diese Vermögensansprüche unsicher werden, erwarten ihre Besitzer, dass der Staat, die Regierungen sie retten. Tun sie das, verhindern sie damit aber gleichzeitig die problembereinigende oder zumindest -lindernde Wirkung der Krise. Die bestände ja genau darin, dass Zusammenbrüche von Firmen und Ansprüchen dazu führen würden, dass wieder Raum für neue profitable Investitionen entsteht. Das Dilemma ist perfekt. Gut sehen kann man das im Augenblick in Spanien. Für dieses Land hat gerade eine Ratingagentur (S&P's) die Wertung herabgesetzt, weil es sich zu schnell neu verschulde, und eine andere (Fitch), weil es mit zuviel Sparen die Konjunktur zerstöre.

Die laufenden Sparprogramme haben damit nicht nur das Problem, dass völlig unklar

Schrumpfung, Konjunkturerinbruch oder Krise durchaus wünschenswerte Wirkungen. Die können aber nur dann positiv gestaltet werden, wenn ihnen eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in seiner konkreten Form an die Menschen vorausgeht, deren Bedürfnisse heute keineswegs befriedigt werden, obwohl Güter und Dienstleistungen dafür ausreichend zur Verfügung stehen. Und das wird nur mit einer radikalen und umfassenden Entwertung der Vermögensansprüche machbar sein.



Werner Rätz

## Die Finanztransaktionssteuer – in der Eurozone durchsetzen und Erträge für öffentliche Güter einsetzen

Zwölf Jahre nach der Gründung von Attac und fast 40 Jahre nach dem Vorschlag von James Tobin ist die internationale Besteuerung von Finanztransaktionen auf dem Weg der Umsetzung – endlich. Wenn die Durchsetzung einer Steuer auf Finanztransaktionen (FTS) in den nächsten Jahren gelingt, so als Kind der Krise. Die Finanzkrise hat milliardenschwere Löcher in die Kassen praktisch aller OECD-Länder gerissen. Überall auf der Welt grübeln die Staaten, die sich diese Löcher stopfen lassen. Schmerzhaftes Einschnitten lassen sich kaum rechtfertigen, wenn nicht die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. Da kommt eine allgemeine Steuer auf Finanztransaktionen gerade recht. Schließlich kann

Bei aller Freude über die rasanten Fortschritte bei der Durchsetzung der Forderung, die unser Netzwerk Attac im Namen trägt, sollten wir uns aber auch eingestehen: Hatten wir uns das nicht alles anders vorgestellt? Wollten wir die Welt nicht genau vor den Krisen der neoliberalen Globalisierung bewahren, die uns nun bei der Umsetzung der FTS helfen? Wollten wir nicht die gigantischen Einnahmen verwenden, um den Ärmsten der Welt ein Leben in Würde zu ermöglichen und die Natur global zu bewahren? Leider sieht es danach derzeit überhaupt nicht aus: Entwicklungshilfe-Verpflichtungen werden überall zurückgefahren. Mit den ärmsten Ländern

Güter wie soziale Rechte und Klimaschutz verwendet wird. Es kann einfach nicht sein, dass die Staaten mit großen Finanzplätzen das Geld einfach einsacken.

Was die Widerstände angeht, so hat sich zumindest die über lange Zeit zögerliche Bundesregierung festgelegt. Sie will die FTS möglichst auf globaler Ebene. Wenn das nicht geht, in der EU. Und wenn das nicht klappt, in der Eurozone. Angesichts der Ablehnung Kanadas, des UK und der USA gab es in der G20 keinen Konsens. Auch in der EU kann Großbritannien die FTS mit einem Veto verhindern. Daher ist die Eurozone die Ebene, auf der die Einführung der FTS gelingen muss. Anders als auf nationaler Ebene ist das auch möglich, ohne dass es zu allzu vielen Umgehungsproblemen kommt. Denn die Europäische Zentralbank kann durchsetzen, dass jede Transaktion in Euro auch mit der FTS belegt wird. Spekulanten, die das vermeiden wollen, müssen eine andere Währung verwenden. Das wird sich in erträglichen Grenzen halten und bedroht



sie bis zu 150 Milliarden Euro alleine in der EU zum Fiskus lenken und gleichzeitig die unbeliebte Finanzspekulation in die Schranken weisen.

Die Liste der UnterstützerInnen der Steuer wird immer länger. Gewerkschaften, Kirchen, Entwicklungsorganisationen, Umweltverbände sind inzwischen genauso entschieden für die FTS wie Attac. Das gleiche gilt für praktisch alle Parteien links der Mitte. In der Eurozone findet sich angesichts dieses Drucks kein einziger EU-Mitgliedsstaat mehr, der sich hart gegen die FTS ausspricht. Das Europaparlament hat sich seit Juli 2009 mehrfach für weitere Schritte zur Realisierung der FTS ausgesprochen. Es scheint fast so, als sei es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Steuer wirklich kommt.

wird in den internationalen und bilateralen Handelsverhandlungen rüder umgegangen denn je. Und vermutlich ist am schlimmsten: Die Anstrengungen gegen die globale Erwärmung erleiden Rückschlag um Rückschlag. Ein globaler Klima-Deal scheitert nicht zuletzt an der Weigerung der Industrieländer, Verantwortung für die Kosten ihrer ungerechten Politik zu übernehmen.

Deshalb sollten sich die FTS-UnterstützerInnen auf zweierlei konzentrieren: den Kampf um die Verwendung des Geldes aufnehmen und die Steuer in der Eurozone durchsetzen.

Bei der Verwendung muss es durch den Druck mit Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gelingen, dass zumindest ein großer Teil der Gelder für globale öffentliche

auch keinen der europäischen Finanzplätze. Die Zeit der Ausreden ist vorbei. Von der Bundesregierung gilt es nun einzufordern, dass sie bei der Umsetzung der FTS in der Eurozone auch liefert, wenn der Vorschlag nach der G20 auch auf EU-Ebene scheitert. Die Realisierung in der Eurozone sollte so erfolgen, dass sich auch Länder mit anderen Währungen und aus anderen Weltregionen der Euro-FTS anschließen können. So kann eine globale Finanztransaktionssteuer-Zone wachsen. Wer weiß, vielleicht sind auch die USA und das UK bald so pleite, dass sie auch noch mitmachen.

**Sven Giegold** ist Wirtschaftswissenschaftler und hat Attac mitgegründet. Nun ist er Koordinator der Grünen im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europaparlaments.

## Systemwandel statt Klimawandel

### Die Klimaproteste in Bonn



Der Klimagipfel in Kopenhagen im vergangenen Dezember sowie der alternative Klimagipfel in Cochabamba im April machten zwei Dinge deutlich: Von der gegenwärtigen internationalen Klimadiplomatie sind weniger denn je ernsthafte Lösungen für die Klimakrise zu erwarten, aber die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit gewinnt an Fahrt. Dies zeigte sich auch wieder bei der UN-Zwischenkonferenz vom 31. Mai bis 11. Juni 2010 in Bonn: Während die Länderdelegationen ergebnislos über einen Ausweg aus der Sackgasse der Verhandlungen stritten, arbeitete Attac mit an der Stärkung der Klimabewegung.

Auf dem alternativen Klimagipfel im April dieses Jahres in Cochabamba, Bolivien, nahmen mehr als 20.000 Menschen aus über 100 Ländern an verschiedenen Arbeitsgruppen teil, um ein ganz anderes Klima-Abkommen zu entwerfen. Zu den Ergebnissen des Gipfels gehörten unter anderem Vorbereitungen zu einer Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde sowie zu einem internationalen Klimatribunal. Die Chancen stehen gut, dass Cochabamba nun zu einer regelmäßig stattfindenden Alternative zu den offiziellen Klimaverhandlungen wird. Cochabamba bietet der Klimabewegung und den Vorreitern in Sachen Klimagerechtigkeit unter den Staaten die Chance eines gemeinsamen Ortes, um Erfahrungen auszutauschen und Strategien zu koordinieren.

Die Dynamik von Cochabamba machte sich bald danach auch hier bemerkbar: Anlässlich der Fortsetzung der offiziellen Klimaverhandlungen in Bonn spielte Attac den Ball weiter, der in Kopenhagen aufgenommen worden war. Dabei gelang es, das Konzept der Klimagerechtigkeit weiter zu schärfen und die Klimabewegung zu verstetigen, lokal zu verankern und international zu vernetzen. Das bleibt eine zentrale Aufgabe. Denn die Menschen selbst müssen ein ganz anderes Klima-Abkommen erstreiten, das die notwendigen, tiefgreifenden Veränderungen vor allem in den Gesellschaften des Nordens anstößt.

Die Protestaktivitäten organisierte Attac zusammen mit der „Klimawelle – Aktion für Klimaverantwortung und Klimagerechtigkeit“, einem breiten Bündnis aus bundesweiten Organisationen, regionalen Initiativen und einzelnen Aktiven. Die Arbeit eines halben Jahres hat sich gelohnt:

Auf dem von Attac, BUND und Klimawelle durchgeführten Klimaforum diskutierten über 200 TeilnehmerInnen in 20 Veranstaltungen über praktische Wege zu Klimagerechtigkeit. Auch die alljährliche Aktionsakademie von Attac wurde diesmal auf dem Gut Ostlar bei Bonn ausgerichtet. Mit den dort erlernten Aktionsfertigkeiten belebten die Attac-Aktiven spürbar die Kreativität der Proteste.

Über zehn Tage beherbergte das Klimacamp in Bonn-Messdorf AktivistInnen und ließ die gemeinsame Stärke spürbar werden. In Bonn

arbeiteten das „Klima!Bewegungsnetzwerk“ und das internationale „Climate Justice Action“-Netzwerk an ihren Kampagnen. Auch neue Zusammenschlüsse ergaben sich zum ersten Mal, um über Strategien für Klimagerechtigkeit zu beraten.

Neben einer kraftvollen Demonstration der Klimawelle mit 1500 Beteiligten am 5. Juni holten sich auch 400 Aktive mit einer Fahrraddemonstration die Straße zurück, andere forderten die Delegierten mit einer deutlichen Aktion direkt vor dem Tagungshotel auf, die Ergebnisse von Cochabamba zu unterstützen, im Rahmen eines Straßentheaters wurde ein von Merkel und Röttgen gesteuerter Kohletransporter gestoppt. Und nach der Demo blockierten 300 AktivistInnen effektiv eine Tankstelle mit der Parole „Total = Aral = Shell = BP – Bohrlöcher zumachen“.



Auf dem Weg zu einer klimagerechten Welt werden sich lokale Attac-Gruppen auch weiterhin für „ein ganz anderes Klima“ in ihren Städten und Gemeinden einsetzen. Wir dürfen auf einen aktionsreichen Klima-Herbst hoffen: In Deutschland gibt es erste Vorbereitungen, sich am 12. Oktober an einem globalen Klima-Aktionstag zu beteiligen. Auch den diesjährigen Castorprotest sowie den nächsten Klimagipfel im mexikanischen Cancún wird Attac nutzen, um unüberhörbar gerechte Lösungen der Klimakrise einzufordern.

**Hendrick Sander und Nino David Jordan**

## Rückblick

13. bis 27. April 2010

### PPP-Infotour mit afrikanischer Menschenrechtlerin

Mit einer Info-Tour durch zahlreiche Städte in Deutschland klärt die Attac-Kampagne „PPP-Irrweg“ über die negativen Folgen der weltweit zunehmenden Privatisierung auf. Mit dabei ist die kenianische Menschenrechtsaktivistin Wangua Mbatia.

21. April 2010

### Robin Hood nimmt Bankern Finanztransaktionssteuer ab



Eine Gruppe Banker steht auf einem Berg aus Geldsäcken vor der Frankfurter Börse. Plötzlich kommen Robin Hood und seine GefährtInnen und nehmen den Bankern einen kleinen Geldkoffer ab. So bekräftigen Attac und Oxfam die Forderung der Kampagne „Steuer gegen Armut“ nach einer Finanztransaktionssteuer.

20. bis 22. April 2010

### Starkes Signal von unten: Alternativer Klimagipfel in Cochabamba

45.000 Menschen kommen in Cochabamba (Bolivien) zusammen, um nach gerechten Lösungen für die globale Klimakrise zu suchen. Zu den Kernforderungen gehören die Reduktion der Emission der größten Verschmutzerstaaten um 50 Prozent bis 2020, ein internationales Klimagerechtigkeitstribunal sowie ein globales Referendum über eine Änderung der Wirtschaftsordnung.

24. April 2010

### 150.000 Menschen bei Anti-Atom-Protesten



Es ist der bisher größte Protest gegen Atomkraftwerke in Deutschland: 150.000 Menschen gehen gegen Atomkraft auf die

Straße, 120.000 von ihnen beteiligen sich an der 120 Kilometer langen Menschenkette Brunsbüttel und Krümmel. Attac unterstützt die Proteste und gehört zum Trägerkreis der Menschenkette.

5. Mai 2010

### Gegen Sozialabbau – in Griechenland und anderswo



Bildung, Renten, Gesundheitsversorgung werden auf dem Altar des Schuldendienstes geopfert. Mit einer Aktion vor dem Kanzleramt in Berlin protestieren Attac-Aktive gegen den drastischen Sozialabbau in Griechenland, den die deutsche Regierung, die EU und der IWF durchsetzen wollen.

12. bis 16. Mai 2010

### Kirchentag fordert Finanztransaktionssteuer



Von Peepshow bis Flashmob: Mit bunten Aktionen fordern Attac-Aktive beim Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) in München eine Auseinandersetzung über soziale Gerechtigkeit ein und werben für die Finanztransaktionssteuer. Mit Erfolg: In einer Resolution fordert der ÖKT Bundesregierung und Bundestag auf, sich für eine Finanztransaktionssteuer stark zu machen.

17. Mai 2010

### Anhörung zur Finanztransaktionssteuer im Bundestag

Steter Tropfen höhlt den Stein: Die Gründungsforderung von Attac ist Thema einer Anhörung im Finanzausschuss des Bundestages. Mit dabei als Sachverständiger ist Detlev von Larcher von Attac. Peinlich für die FDP: Ihrer Behauptung, die Steuer würde Kleinsparer belasten, widersprechen selbst Bankenvertreter.

18. Mai 2010

### Schwarz-Gelb für Finanztransaktionssteuer

Heureka! Die Koalition einigt sich auf die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer. Selbst die neoliberale FDP kommt nicht mehr an der Attac-Gründungsforderung vorbei. Noch versucht Schwarz-Gelb allerdings,

sich eine Hintertür namens „Finanzaktivitätssteuer“ offen zu lassen.

20. Mai 2010

### Robin Hood und GefährtInnen stoppen Banker-Kutsche



Robin Hood wieder im Einsatz: Mitten in Berlin stoppen kostümierte AktivistInnen von Oxfam, Attac und den Jusos eine Pferdekutsche und erleichtern die in ihr reisenden Banker um einen kleinen Teil ihres Vermögens. Ziel der Aktion: Der Bundestag soll einen Beschluss für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer fassen.

2. bis 6. Juni 2010

### Aktionen für Klimagerechtigkeit in Bonn



Klimaforum, Klimacamp, Attac-Aktionsakademie, Demo und Anti-Kohleaktion: Attac mischt kräftig mit bei den Klimaprotesten in Bonn. Anlass sind die dortigen UN-Klima-Verhandlungen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht die Forderung nach globaler Klimagerechtigkeit.

7. Juni 2010

### Bundesregierung beschließt neoliberales Sparpaket

Unsozial und ökonomisch unsinnig: Die Bundesregierung will die Kosten der Krise den Armen aufbürden, Krisenverursacher und Reiche werden geschont. Ein Sparpaket, das selbst der CDU-Wirtschaftsrat für sozial nicht ganz ausgewogen hält, darf man getrost als Klassenkampf von oben bezeichnen.

12. Juni 2010

### Zehntausende bei Krisenprotesten in Berlin und Stuttgart

Gelungener Protestauftakt: Zehntausende Menschen demonstrieren in Berlin und Stuttgart gegen das deutsche Sparpaket und den europaweit geplanten Sozialabbau. Aufgerufen zu den Protesten hat das breite Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“, dem auch Attac angehört.

15. Juni 2010

### DIW-Studie belegt soziale Spaltung in Deutschland

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt, dass die soziale Polarisierung in Deutschland immer stärker wird: In den vergangenen zehn Jahren haben sowohl Armut als auch Reichtum deutlich zugenommen.

22. bis 30. Juni 2010

**Attac-Großplakate in Berliner U-Bahnstationen**

Mit Großplakaten in sieben Berliner U-Bahnstationen erinnert Attac zum G20-Gipfel an zentrale Botschaften seines Bankentribunals. „Banken, die so groß sind, dass sie vom Staat gerettet werden müssen, sind unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen. Daraus folgt zwingend die Notwendigkeit ihrer Zerschlagung“, zitiert etwa eines der Plakate aus dem Urteil des Tribunals.

23. und 25. Juni 2010

**G20: 200.000 Unterschriften für Finanztransaktionssteuer überreicht**

Mehr als 200.000 Menschen weltweit haben die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer bisher unterschrieben.

In Ottawa überreichen AktivistInnen dem kanadischen Premierminister und G20-Präsidenten Stephen Harper die Unterschriften. In Toronto folgt eine symbolische Übergabe vor Journalisten.

25. Juni 2010

**Attac-Nachhilfe für G20: Banken zerschlagen!**

Nie wieder too big to fail! Bei einer symbolischen Nachhilfestunde für die G20 unterstreichen Attac-AktivistInnen in Berlin ihre Forderung nach einer Zerschlagung von Großbanken.

27. Juni 2010

**G20-Gipfel als trauriges Posenstück**

Der G20-Gipfel in Toronto entpuppt sich als trauriges Posenstück: Statt sich endlich an die Regulierung der Finanzmärkte zu machen, streiten die 20 mächtigsten Industrie- und Schwellenländer darüber, wer wie viel sparen soll. Die Ursachen der Krise bleiben außen vor. Jetzt gilt es, weiter Druck zu machen für eine Finanztransaktionssteuer in Europa.

28. Juni 2010

**PPP-Verträge offen legen! Volksbegehren in Berlin gestartet**

Das Volksbegehren zur Offenlegung der Geheimverträge der Berliner Wasserbetriebe startet. Bis zum 27. Oktober muss der „Berliner Wassertisch“, dem auch Attac angehört, 172.000 Unterschriften sammeln. Ein Erfolg wäre ein Meilenstein im Kampf gegen Public Private Partnerships.

## Ausblick

24. Juli 2010

**Planungstreffen für Bankenaktionstag im September**

Wir erleben erstmals einen auf EU-Ebene koordinierten Angriff auf die europäischen Sozialstaaten. Höchste Zeit, den Regierungen ins Gedächtnis zu bringen, wo das Geld zu holen ist – beispielsweise mit dezentralen Bankenaktionen am europaweiten Aktionstag am 29. September. Die bundesweite Attac-Projektgruppe Krisen trifft sich in Frankfurt am Main, um Ideen für diese Aktionen zu diskutieren. Eingeladen sind alle, die sich in die Krisenarbeit von Attac einbringen möchten. Der genaue Ort und die Uhrzeit des Treffens werden auf der Attac-Homepage veröffentlicht.

[www.attac.de/aktuell/veranstaltungen](http://www.attac.de/aktuell/veranstaltungen)

28. Juli bis 1. August 2010

**Attac-Sommerakademie in Hamburg**

Bei der bereits neunten Attac-Sommerakademie dreht sich diesmal alles um die Themen Finanzmärkte, Klimagerechtigkeit und Umverteilung. Fünf Tage lang

eröffnen wir in der Gesamtschule Hamburg-Bergedorf Raum für Wissen, Diskussionen und neue Perspektiven. Das vielfältige Programm mit Seminaren, Vorträgen, Workshops und Podien bietet ExpertInnen ebenso wie EinsteigerInnen die Gelegenheit miteinander und voneinander zu lernen – damit aus dem Wissen Bewegung für Veränderung entsteht. [www.attac.de/sommerakademie](http://www.attac.de/sommerakademie)

5. September 2010

**Arbeitstreffen der Attac-AG „Genug für alle“**

Die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe „Genug für alle“ befasst sich schwerpunktmäßig mit dem bedingungslosen Grundeinkommen. Weitere Themen sind Globale Soziale Rechte, die Arbeitsgesellschaft sowie Hartz IV und Armut. Zu dem eintägigen Arbeitstreffen in Frankfurt am Main sind Interessierte

willkommen. Die Tagesordnung sowie der genaue Ort werden noch bekannt gegeben.

[www.grundeinkommen-attac.de/index.php?id=1739](http://www.grundeinkommen-attac.de/index.php?id=1739)

11. September 2010

**Treffen des Attac-Rats in Frankfurt am Main**

Der bundesweite Attac-Rat trifft sich etwa viermal im Jahr – diesmal im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Er diskutiert richtungsweisende Prozesse und langfristige Themen. Aufgabe des Rates ist es, die Ideen und Vorstellungen aller Teile von Attac zusammenzubringen. Dem Rat gehören gewählte VertreterInnen der Regionalgruppen, bundesweiten AGs und der Mitgliedsorganisationen von Attac an. Die Sitzung ist öffentlich.

[www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/rat](http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/rat)

29. September 2010

**Europaweiter Aktionstag gegen unsoziale Krisenpolitik**

Wer meint, die Zeit sei überreif, gemeinsam gegen die unsoziale Krisenpolitik der europäischen Regierungen aktiv zu werden, sollte sich den 29. September jetzt schon mal im Kalender vormerken: Für diesen Tag ruft der Europäische Gewerkschaftsbund zu europaweiten Aktionen auf. Attac möchte bundesweit dezentrale Aktionen unterstützen, die die Rolle der Banken in der Krise in den Mittelpunkt rücken. Ein erstes Vorbereitungstreffen ist für den 24. Juli geplant.

[www.attac.de/bankenaktionstag](http://www.attac.de/bankenaktionstag)

1. bis 3. Oktober 2010

**Seminar über öffentliche Daseinsvorsorge und Sozialsysteme**

Um Alternativen zum Sparprogramm und Sozialabbau der Bundesregierung geht es bei einem gemeinsamen Seminar der bundesweiten Attac-AG „Genug für alle“ mit den Attac-Gruppen in Nordrhein-Westfalen und dem Forum NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dieses Seminar soll Attacies aus NRW auch die Möglichkeit geben, sich besser zu vernetzen.

[www.attac.de/aktuell/veranstaltungen](http://www.attac.de/aktuell/veranstaltungen)

8. bis 10. Oktober 2010

**Attac-Herbstratschlag**

Neben inhaltlichen Debatten und Beschlüssen stehen beim Herbstratschlag auch Wahlen für bundesweite Gremien und Haushaltsbeschlüsse an. Der Ratschlag ist die Bundesvollversammlung von Attac und damit höchstes Entscheidungsgremium. Der Ratschlag ist öffentlich; auch aktive Nichtmitglieder sind willkommen und dürfen mitentscheiden. Der Ort und Details werden noch bekannt gegeben.

[www.attac.de/aktuell/veranstaltungen](http://www.attac.de/aktuell/veranstaltungen)

## Noch ganz jung und schon mitten drin Attac Island



Foto: The Reykjavík Grapevine

Ein ganz junges Mitglied der Attac-Familie ist Attac Island. Neben seinem Asche speienden Vulkan hat dieses Land in letzter Zeit besonders durch den Crash seiner Finanzwirtschaft im Herbst 2008 von sich Reden gemacht. Diese Krise war Ende 2009 der Anstoß, Attac auch in dem Inselstaat zu gründen.

Die junge Attac-Organisation hat ein riesiges Betätigungsfeld vor und um sich: Schon deutlich vor den Griechen war das nordische Eiland zum Opfer der globalen Finanzkrise geworden. Lange Zeit haben isländische Politiker alles daran gesetzt, Island zu einem globalen Finanzzentrum, zu einer riesigen Steueroase zu machen. Dafür wurden die Unternehmenssteuern abgesenkt und die Bankenaufsicht dereguliert. Eine fundierte Diskussion über eine nachhaltige Ausgestaltung des isländischen „Taxhavens“ fand nie statt.

Durch einen unabhängigen Untersuchungsbericht ist heute belegt, wie Politiker und Banker das Land in den Crash geführt und sich dabei selbst reichlich die Taschen gefüllt haben: So haben zum Beispiel Banken sich selbst Geld geliehen und damit eigene Aktien gekauft, um die eigenen Börsenwerte künstlich in die Höhe zu treiben. Ausländische Anleger wurden mit enormen Zinsversprechen gelockt, das Geld wurde anschließend auf den internationalen Finanzmärkten verzockt. Die Bankenaufsicht hat dabei gelassen zu- oder weggesehen. Politiker haben sich bestechen lassen, und der Präsident des Landes ist wesentlich mit geschönten Zahlen über die isländische Finanzwirtschaft bei ausländischen

Regierungen und Geschäftsleuten auf Werbetour gegangen. Warnungen vor einer Überhitzung der Finanzmärkte, die es seit 2005 gab, wurden in den Wind geschlagen.

Heute ist der Staat mit durchschnittlich 11.000 Euro pro EinwohnerIn verschuldet. Doch niemand von den politisch Verantwortlichen ist bisher verurteilt worden, kaum jemand freiwillig zurückgetreten. Und auch die neue Mitte-Links-Regierung aus Sozialdemokraten und Linksrünen hat die Bevölkerung tief enttäuscht. Gewählt, um mit den alten Verhältnissen aufzuräumen, hat genau diese Regierung im Frühjahr dieses Jahres ein Gesetz durch das Parlament gebracht, mit dem Anleger in den Niederlanden und Großbritannien entschuldigt werden sollten, die durch verantwortungslose isländische Banker um ihre Einlagen gebracht wurden. Dafür sollten die IsländerInnen mit 3,18 Milliarden Euro geradestehen. In einem Referendum, für das auch Attac Island mobilisiert hat, haben die IsländerInnen dieses Gesetz im März 2010 abgelehnt.

Seither herrscht in Island ein argentinisches Gefühl vor: „Que se vayan todas! Sie sollen einfach alle abhauen!“ Und so erinnern auch die Demonstrationen gegen die Krisenpolitik sehr an die Caserolas der SüdamerikanerInnen.

### Reykjavik 9: Wir sind das Exempel!

Seit dem 12. Mai 2010 läuft in Reykjavik ein Gerichtsverfahren gegen neun DemonstrantInnen, die am 8. Dezember aus einer

## Attac vor Ort:

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein. Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“. Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

Demonstration heraus kurzentschlossen mit etwa 20 anderen das Parlamentsgebäude betreten hatten und sich von der öffentlich zugänglichen Zuschauertribüne aus Gehör verschaffen wollten. Unter den Angeklagten befindet sich auch die Vorsitzende von Attac Island, Solveig Jonsdottir.

Grundlage der Anklage ist Paragraph 100 des isländischen Gesetzbuches, der denjenigen zu einem Jahr Gefängnisstrafe verdonnert, der „das Alpingi“ (das isländische Parlament) „angreift, um die Unabhängigkeit des Alpingi zu bedrohen.“ Harter Tobak also. Aufgrund dieses Artikels wurde erst einmal Anklage erhoben, nämlich gegen DemonstrantInnen, die sich 1949 gegen den NATO-Beitritt Islands gewehrt hatten.

Bei den neun Angeklagten handelt es sich um zufällig herausgegriffene Personen, die ihre Stippvisite im Parlamentsgebäude auch nicht vorher gemeinsam geplant hatten. Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier ein Exempel statuiert und der Widerstand gegen die Krisenpolitik der isländischen Regierung kriminalisiert werden soll. Um die Willkürlichkeit der Anklage gegen die „Reykjavik 9“ zu denunzieren, haben etwa 400 IsländerInnen eine Petition unterschrieben, in der sie verlangen, ebenfalls angeklagt zu werden.

Dass die Anklage keinerlei Substanz hat, ist inzwischen auch durch Videoaufzeichnungen aus dem Parlamentsgebäude belegt. Wie so oft in solchen Fällen, wo an einzelnen eine ganze Bewegung abgestraft werden soll, belegen die Bilder die Harmlosigkeit der ganzen Aktion. In einer gemeinsamen Erklärung haben die europäischen Attacs die Einstellung des Verfahrens gefordert. Wer BürgerInnenproteste kriminalisiert, zerstört die Demokratie. Solidarität mit den Reykjavik 9 und der Attac-Vorsitzenden Solveig!

**Lena Bröckl**

## „Bewegung für Veränderung!“

Gelebte und angewandte Globalisierungskritik in Zeiten der Krisen

Attac-Sommerakademie vom 28. Juli bis 1. August in Hamburg-Bergedorf

*Bewegung  
für Veränderung*  
FINANZMÄRKTE ENTWAFNEN,  
KLIMARECHTIGKEIT ERKÄMPFEN,  
UMVERTEILUNG ORGANISIEREN



Die Attac-Sommerakademie ist der jährliche Höhepunkt der Bildungsarbeit in Attac: Hier wird „ökonomische Alphabetisierung“ ernst genommen und im Licht der aktuellen politischen Situation in Deutschland, Europa und der Welt umgesetzt.

In der Gesamtschule Hamburg-Bergedorf werden sich circa 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer fünf Tage lang mit den multiplen Krisen beschäftigen. Dabei diskutieren und entwickeln sie auch Ideen und konkrete Ansätze zu einem nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel.

Im Attac-Jubiläumsjahr bietet die Sommerakademie ein besonders vielseitiges Programm, das sowohl die Komplexität der Krisen aufgreift als auch viele Ansätze für aktuelle Globalisierungskritik konkretisiert. Die drei Hauptstränge „Entwaffnung der Finanzmärkte“, „Kampf für mehr Klimagerechtigkeit“ und „Umverteilung“ liefern dabei inhaltliche Orientierung. Ergänzt werden die inhaltlichen Schwerpunkte durch die Vermittlung von notwendigem politischen Handwerkszeug – „Eine andere Welt ist möglich!“, aber sie fällt nicht vom Himmel, sondern will organisiert und erstritten werden.

Stichworte aus dem Programmheft zeigen die Spannweite der Themen:

Das Casino schließen! / Post-Kopenhagen: Keine Klimarettung in Sicht – was tun? / Sparpaket, Sozialabbau und europaweite Austerität / Bankenrettung, Soffin und kein Ende? / Was sind Hedgefonds und Derivate? / Wer profitiert vom Schutzschirm? / Ewiges Wachstum oder ein gutes Leben für alle? / Steueroasen / Griechenland als Exempel neoliberaler Krisenpolitik / Funktionsweisen der mächtigen internationalen Organisationen wie WTO und IWF / Ein sozial gerechtes und ökologisch tragfähiges Finanzsystem? / Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie / Kapitalismuskritik / globale soziale Rechte / Solidarische Ökonomie / Umverteilung / EU-Handelspolitik / Multiple Krisen im Neoliberalismus / Privatisierung und Public Private Partnerships / Kommunen stärken – aber wie? / Web2.0 in der Bewegung / alternative Gesellschaftsentwürfe und vieles vieles mehr.

Buchvorstellungen, die Vorführung globalisierungskritischer Filme, eindrucksvolle Dauer-Ausstellungen, eine kritische Hafenrundfahrt und weitere Exkursionen sowie ein abwechslungsreiches Kulturprogramm bereichern die Sommerakademie zusätzlich.

Die Podien zu den Hauptthemen lassen spannende Diskussionen erwarten – zum Beispiel die Debatte über eine neue Programmatik für ein alternatives Finanzsystem mit Christian Felber von Attac Österreich oder die Abschlussdebatte zum Thema „Multiple Krisen – Strategischer Ausblick“ mit Mag Wompele, Bernd Rixinger, Uli Brand und Pedram Shahyar.

Insgesamt gilt: Auf der Sommerakademie bringen sich die Teilnehmenden genau so ein wie die vielen spannenden Referentinnen und Referenten aus der globalisierungskritischen Bewegung, anderer NGO, dem wissenschaftlichen Beirat von Attac sowie aus dem globalen Süden. Sie alle bereichern die Debatten mit ihren speziellen Erfahrungen und Standpunkten.



Eine Anmeldung zur Sommerakademie ist übrigens auch spontan und kurzfristig noch möglich – einfach über die Attac-Homepage.

Wir versprechen: Es wird keine Sekunde langweilig sein!

[www.attac.de/sommerakademie](http://www.attac.de/sommerakademie)

**Stephanie Handtmann**

## Aus dem Attac-Shop



Im Nachklapp zum Bankentribunal, das Attac vom 9. bis 11. April 2010 in Zusammenarbeit mit der Berliner Volksbühne abgehalten hat und das die Ursachen des Finanzcrashs, die Beugung der Demokratie durch fragwürdige Rettungsmaßnahmen und die fahrlässige Vorbereitung neuer Krisen zum Untersuchungsgegenstand hatte, ist jetzt die DVD erschienen. Überwältigend war dabei das Interesse der Menschen – das Tribunal traf augenscheinlich einen Nerv; die 800 Karten der Volksbühne waren innerhalb kürzester Zeit verkauft, weitere 100 Videoplätze wurden nachträglich noch angeboten. Nahezu konstant waren 700 Computer eingeloggt, um die Veranstaltung im Livestream zu verfolgen. Noch mehr Menschen waren zumindest virtuell dabei, denn an vielen Orten schauten kleinere und größere Gruppen gemeinsam oder organisierten „Public Viewings“. Für die, die gern dabei gewesen wären und es nicht konnten, hier die gute Nachricht: Die Höhepunkte des Tribunals gibt es jetzt auf DVD.

### **Attac [Hrsg.]: Das Bankentribunal – ... weil die Krise System hat DVD, 12 EUR, [5008]**

Aus 17 Stunden Material haben Filmteam und Attac-Redaktion einen 90-minütigen Film gemacht, der die wichtigsten Inhalte und die spannendsten Szenen des Bankentribunals in verdichteter Form wiedergibt – von den Beweisaufnahmen über das Urteil

bis zum Forum der Alternativen. Mit dabei sind Harald Schumann, Wangui Mbatia, Sven Giegold, Wolfgang Kaden, Christian Felber, die Kleingeldprinzessin und viele mehr.

Der 35-minütige Bonusteil schließlich zeigt Highlights der Kabarettisten Urban Priol und Georg Schramm, die am Eröffnungsabend einen fulminanten Auftritt hatten.

Im Shop ist die DVD nicht nur einzeln, sondern auch im Paket mit dem

### **Attac-Finanzkrisenquartett 5 EUR, [5007]**

zu bestellen. Witzig aufgemachtes (spielbares!) Kartenspiel in der Machart klassischer Quartettspiele, gespickt mit interessanten Informationen rund um die Finanzkrise, gestaltet im Bankentribunal-Design. Ein schönes Geschenk oder Mitbringsel für politisch interessierte Freundinnen und Freunde!

### **Paket mit DVD und Quartett 15 EUR, [6000]**



## wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:

[www.attac.de/shop](http://www.attac.de/shop)  
aber auch telefonisch unter:  
069-900 281-10  
per Fax an:  
069-900 281-99  
oder per E-Mail an:  
[info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Bitte, so vorhanden,  
die [Bestellnummer] angeben.

## Hinweis zur Daten- verarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:  
Tel.: 069-900 281-10  
oder per mail an:  
[info@attac.de](mailto:info@attac.de)

## Impressum

Attac Trägerverein e. V.  
Münchener Str. 48  
60329 Frankfurt am Main  
Tel.: 069-900 281-10  
Fax: 069-900 281-99  
E-Mail:  
[info@attac.de](mailto:info@attac.de)  
[www.attac.de](http://www.attac.de)  
Produktion:  
Attac Trägerverein e. V.  
Redaktion:  
Jule Axmann, Lena Bröckl,  
Frauke Distelrath, Alexis Passadakis,  
Gabriele Rohmann, Kay Schulze,  
Roland Süß  
V.i.S.d.P.:  
Gabriele Rohmann

# Bankenaktionstag

## 29. September 2010



**Großdemonstration in Brüssel**

**Aktionen in europäischen Hauptstädten**

**Generalstreiks in Griechenland und Spanien**

**Dezentrale Aktionen in Deutschland**

Bundesweites Vorbereitungstreffen am 24. Juli 2010 in Frankfurt am Main

[www.attac.de/bankenaktionstag](http://www.attac.de/bankenaktionstag)

## Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069-900 281-10 oder per E-Mail an:

[info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

# Worten müssen Taten folgen!

Nie wieder sollte eine Bank so groß sein, dass sie im Krisenfall die Bundesregierung erpressen könne, so die Kanzlerin Angela Merkel bereits 2008. Geschehen ist seitdem – nichts. Doch, Moment, die Verschmelzung von Commerzbank und Dresdner Bank wurde im Mai 2009 endgültig vollzogen, die Bundesregierung hat zugelassen, dass aus dem Bankenriesen ein noch größeres Monstrum wurde.

**Worten müssen Taten folgen!** „Banken, die so groß sind, dass sie vom Staat gerettet werden müssen, sind unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen. Daraus folgt zwingend die Notwendigkeit ihrer Zerschlagung“, urteilte die Jury des Bankentribunals. Auch wir sagen: Wer die Finanzmärkte entwaffnen will, muss die Banken entmachten! Denn so lange Banken wissen, dass sie ihre Gewinne für sich behalten, ihre Verluste aber im Zweifelsfall der Allgemeinheit aufbürden können, werden sie ungehemmt weiter spekulieren, fusionieren und im Wettbewerb um höchste Gewinne ganze Volkswirtschaften gefährden.

**Damit sich daran etwas ändert, engagieren sich viele Leute in Attac jetzt für eine Zerschlagung der Großbanken.** Für den Herbst sind Aktionen an Großbanken geplant, und schon am 25. Juni erteilte Attac den G20 und Angela Merkel in Berlin eine Nachhilfestunde – mit Vorschlaghammer und Kettensäge zeigten die Aktivistinnen und Aktivisten symbolisch, wie man Großbanken in demokratisch kontrollierbare Einheiten zerlegt. Gleichzeitig waren an vielen zentralen Berliner U-Bahnhöfen auf Großplakaten zentrale Aussagen aus dem Bankentribunal

zu lesen. Und auch auf der Sommerakademie (siehe Artikel in diesem Heft) werden sich viele Workshops und Diskussionen mit dem Thema „Banken“ beschäftigen – wir werden dort die Aktivitäten zur Zerschlagung der Banken weiter planen und vernetzen. **Jetzt gilt es, weiter Druck zu machen!**

**Dafür brauchen wir Unterstützung!** Beteilige Dich an Aktionen und Diskussionen für demokratisch kontrollierbare Banken! Auch eine Spende mit Hilfe des unten angehängten Überweisungsträgers hilft uns dabei, im Herbst kräftig loszulegen. Vielen Dank!

